

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 53 (1973-1974)

**Heft:** 11: Energiekrise, Verkehr, Umweltschutz

**Vorwort:** Die erste Seite

**Autor:** Tuchtfeldt, Egon

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# *Die erste Seite*

---

**D**AS GEFÜHL DER HILFLOSIGKEIT bei den Stimmbürgern, die über komplizierte Sachfragen entscheiden sollen, sowie die wachsenden Anzeichen der Entfremdung gegenüber den demokratischen Institutionen vor allem bei der städtischen Jugend kennzeichnen ein *allgemeines Unbehagen*, das nicht nur ein «helvetisches Malaise» bildet. Um so dringlicher ist es daher, die Konstanten des politischen Geschehens transparenter zu machen. Einen Ansatzpunkt hiezu liefert die Unterscheidung von politischen Ideen und ökonomischen Interessen.

*Politische Ideen* lassen sich primär als Werte auffassen, die für die Gestaltung der Gesellschaft Orientierungsmassstäbe darstellen. So ist die Entwicklung des modernen Staates unmittelbar auf den Siegeszug der liberalen Ideen zurückzuführen. Später kamen Konservativismus und Sozialismus als konkurrierende Wertesysteme hinzu. Die ihnen entsprechenden Parteien liefern den Wählern Programme, wobei aus dem jeweiligen Wertesystem Ziele für die praktische Politik abgeleitet werden. Nach dem Selbstverständnis der Parteien handelt es sich dabei um alternative Auffassungen vom Gemeinwohl oder Gesamtinteresse.

In den *ökonomischen Interessen*, die gewöhnlich in Verbänden organisiert sind, verkörpern sich demgegenüber primär konkrete Ziele partieller Natur. Wie alle Teile dem Ganzen zugeordnet sind, bilden auch alle Partialinteressen legitime Teile des Gesamtinteresses. Aber das Gesamtinteresse stellt mehr dar als nur die Summe der Teile. Wo ein kurzfristiges Partialinteresse überbordet, leidet das langfristige Gesamtinteresse. Charakteristisch dafür ist die zunehmende Verwischung der Abgrenzung zwischen Ideen und Interessen.

Worauf es in unserer pluralistischen, das heißt werte- und interessendifferenzierten Gesellschaft ankommt, ist daher vor allem das immer neue Bemühen zur Überwindung kurzfristigen, nur allzu oft interessengebundenen Denkens und die stete *Besinnung auf die politischen Ideen als Orientierungsmassstäbe*. Nur ideenkräftige Parteien vermögen nämlich ökonomische Partialinteressen zu integrieren. Je ideenschwächer die Parteien sind, um so mächtiger werden die Partialinteressen. In diesem Zusammenhang können die überall einsetzenden Grundsatzdiskussionen und die damit einhergehende Überprüfung der überkommenen politischen Werte auf ihre tragfähige und bleibende Substanz durchaus als Chance betrachtet werden.

*Egon Tuchfeldt*

---